

MAINZER ERKLÄRUNG

zur Ausweitung kommunaler und regionaler Entwicklungszusammenarbeit und zur Förderung der Informations- und Bildungszusammenarbeit (Verabschiedet am 4. November 1988 in Mainz zum Abschluß des Kongresses „Kommunaler Entwicklungszusammenarbeit“, veranstaltet vom Nationalen Organisationskomitee der Nord-Süd-Kampagne des Europarats, vom Rat der Gemeinden Europas - Deutsche Sektion, der Deutschen Welthungerhilfe, terre des hommes und der Stadt Mainz)

Unsere „Eine Welt“ ist in ernster Gefahr. Bedroht durch zunehmende globale Umweltzerstörung, wachsende Armut, steigende Verschuldung und ungezügelter Rüstungskosten sind einschneidende Veränderungen auf allen Ebenen in Nord und Süd erforderlich. Ohne aktive Beteiligung der Betroffenen wird es nicht möglich sein, eine Veränderung der politischen Prioritäten und Zielsetzungen zu erreichen. Das gilt auch für die Bürgerinnen und ihre Institutionen in der Bundesrepublik.

Während sich die ökonomische und politische Kluft zwischen armen und reichen Staaten immer noch unaufhaltsam weiter öffnet, wachsen zugleich Ohnmachtsgefühle, aber auch der Wille zu aktiver Beteiligung in unserer Gesellschaft.

Diese Einsichten werden inzwischen auch von der Erkenntnis beeinflusst, daß globale Strukturveränderungen nur durchgesetzt werden können, wenn sie von den davon Betroffenen in Nord und Süd selbst gestaltet und als Beitrag auch im langfristigen Eigeninteresse gewollt werden. Immer mehr Menschen suchen nach konkreten Möglichkeiten, sich diesen globalen Herausforderungen zu stellen. Sie spüren die Gefahren, die sich daraus entwickelt haben, daß die gemeinsamen Menschheitsideale Gerechtigkeit, Menschenwürde, Frieden und Freiheit zu Privilegien einer Minderheit geworden sind und die überwiegende Mehrheit der Weltbevölkerung davon nach wie vor ausgeschlossen ist.